



# THÜRINGEN LIBERAL

ZEITSCHRIFT DER FREIEN  
DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN  
03 | 2007 JAHRGANG 5

## Arbeitsplätze und Sozialsysteme

Der Mittelstand – eines der wichtigsten Standbeine unserer Wirtschaft



Liberales Lexikon:  
Thüringens interaktives  
Nachschlagewerk für  
liberale Politik



Leere Taschen durch  
Verwaltungsgebühren?:  
Für Thüringer Studenten  
besteht noch Hoffnung



„Was uns eint, macht  
uns stark!": THL im  
Interview mit Cornelia  
Pieper MdB



Aufbruchswillen und Zukunftsvertrauen

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Parteifreunde,

erinnern Sie sich? 2006 – Die Fußballweltmeisterschaft versetzte Deutschland und die Welt in Entzücken. Wenige Wochen zuvor war die veröffentlichte Stimmung und die politischen Großwetterlage bezüglich des Ereignisses alles andere als hoffnungsfroh. Schlagworte um national befreite Zonen, Stadionsicherheit, Ticketverlosung oder die Diskussion um die Mannschaftsqualitäten ließen den Eindruck erwecken, die Fußball-WM wird an manch einflussreicher Ecke als Belastung empfunden. Das Gegenteil wurde Realität.

Dennoch scheint eine grundsätzliche „Schwarzmalerei“ vor Ereignissen nach wie vor eine große Rolle zu spielen. In Thüringen öffnete dieser Tage die Bundesgartenschau ihre Pforten. Und wieder reichten die Stimmen, insbesondere vor dem Beginn, von

Skepsis über Pessimismus bis hin zum Defätismus. Begeisterung für diese hervorragende Großchance der Repräsentation unseres Freistaates Thüringen war kaum zu spüren. Stattdessen beherrschten Schlagzeilen um Korruptionsverdacht, Wetterkapriolen und Bauverzug die Vorbereitung auf die Buga-Öffnung. Natürlich bringt ein solches Großprojekt immer Probleme und Unwägbarkeiten mit sich. Das darf aber nicht dazu führen, dass sich der Begriff „Buga“ – so stellte sich es zeitweilig dar – zu einem Negativwort entwickelte. Denn durch öffentlichen Pessimismus und Bedenkträgerei werden Touristen und Gäste sicherlich kaum eingeladen. Stattdessen aber werden sich die Thüringerinnen und Thüringer in den kommenden Wochen anders verhalten, als manche Verantwortliche an unterschied-

lichen Stellen in der vergangenen Zeit. Thüringen wird sich der Bundesrepublik als guter Gastgeber im Grünen Herzen Deutschlands präsentieren.

Diese Facetten des grundsätzlichen Pessimismus und der Bedenkträgerei sind fast alltäglich. Dabei braucht ein dynamisches und innovatives Land, wie es Thüringen sein will und mit liberaler Regierungsbeteiligung auch sein wird, ein gesellschaftliches Umfeld, das nicht Angst, sondern Neugier, Aufbruchswillen und Zukunftsvertrauen erzeugt. Die FDP Thüringen steht für ein solches Klima.

Ihr



Patrik Kurth  
Redaktionsleiter Thüringen Liberal



Foto: Axel Heyder



## Liberales Lexikon

Beschlusslage kurz und knapp

Viele kennen das: Lange Wahlprogramme oder in epischer Breite aufgesetzte Grundsatzpapiere, statt kurze und knappe Auskunft über konkrete Politikinhalt. Die Thüringer FDP geht einen anderen Weg. Seit dem Landesparteitag in Gera am 21. April 2007 ist es offiziell online: Das Liberale Lexikon. Das Liberale Lexikon ist ein politisches Nachschlagewerk für liberale Politik in Thüringen. Es zeigt schnell, umfangreich und verständlich die inhaltlichen Standpunkte der FDP Thüringen auf.

Von A, wie Abfallwirtschaft bis Z, wie Zuwanderung. Das Liberale Lexikon informiert kurz und knapp über die Kernargumente der FDP Thüringen. So, wie es viele Menschen im Internet, aber auch im wirklichen Leben wollen: Schnelles und unkompliziertes Einsehen eigener Interessengebiete, konkrete Informationen über die Inhalte der FDP Thüringen. Im Liberalen

Lexikon findet man quasi auf Knopfdruck Antworten, statt sich durch lange Lyrik und Prosa zur Beschreibung des Gegenwartszustandes zu arbeiten.

Eingearbeitet wurden die Beschlüsse der Landesparteitage, des Landesparteirat oder der Fachausschüsse. Gleichzeitig gibt das Lexikon nicht nur Einblick über die bisherige Programmlage, sondern auch die künftigen Aufga-



ben. Dennoch kann das Lexikon nicht vollständig sein. Bis 2009 soll es sukzessive ausgebaut werden. Dann liegt eine umfassende aber mit seinen Artikeln konkrete Beschlusslage vor.

Damit diesem Anspruch gerecht wird, bedarf es intensiver programmatischer Arbeit. Diese wird vor allem in den Landesfachausschüssen geleistet. Vom vergangenen Landesparteitag liegen noch an die 40 Programmanträge vor. Diese werden zur Beratung v.a. an die Landesfachausschüsse weitergeleitet. Aber auch aktuelle Fragen, individuelle Antragsvorlagen oder Grundsatzpapiere stehen auf der Tagesordnung. Deshalb auch an dieser Stelle der Aufruf, sich in den Landesfachausschüssen zu beteiligen. Damit 2009 die Beschlusslage der Thüringer FDP unsere künftige Landtagsfraktion mit Aufträgen und Visionen versorgen kann. pak

## Dubiose Verwaltungsgebühren

Für Thüringer Studenten besteht noch Hoffnung

Im Dezember 2006 beschloss die CDU-Mehrheit im Thüringer Landtag trotz massiver Proteste ein neues Hochschulgesetz. Gleichzeitig wurde der Übersichtlichkeit halber in einem weiteren Gesetz zusammengefasst, welche Gebühren im Zusammenhang mit einem Studium in Thüringen anfallen können. So sollen ab kommendem Wintersemester alle Thüringer Studierende einen Verwaltungskostenbeitrag von 50 Euro zahlen.

Die CDU hatte ob der Proteste kurz gewankt, dann dem Flickwerk jedoch zugestimmt. Angesichts dessen, rufen einige Studierendenvertretungen im Freistaat nun zum zivilen Ungehorsam, zum Boykott eben dieser Abgabe auf. Vielleicht wären beide Seiten – Regierung und Studierendenver-

tretungen – jedoch besser beraten, das Gesetz erst einmal zu lesen. Es könnte sich nämlich herausstellen, dass es gerade an dieser Stelle nachgebessert werden muss. Mittlerweile hat sich herumgesprochen, dass den Universitäten nur die Hälfte der Beiträge zustehen. Die anderen 25 Euro würde die CDU gerne „zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme Thüringens“ verwenden, wie den Studierendenvertretungen bei einem Treffen im Landtag im Vorfeld des Gesetzes verkündet wurde. Angesichts von fast 16 Milliarden Euro Schulden erscheint dieser Tropfen auf den heißen Stein mehr als fragwürdig. Zumal das Gesetz gerade an dieser Stelle eine eklatante Lücke aufweist. Dass die Unis 25 Euro von jedem Studierenden bekommen sollen, steht drin – wer die an-

deren 25 Euro bekommen soll jedoch nicht. Dazu genügt es nicht, dass das Thüringer Verwaltungskostengesetz auch Gebühren für die Nutzung von Landeseinrichtungen zulässt, bzw. Gebühren sich auch rechtfertigen ließen, weil die Hochschulen unter der Aufsicht des Kultusministeriums stehen.

Wenn der Staat von seinen Bürgern auf Grund eines Gesetzes eine Abgabe in Form eines Kostenbeitrages erhebt, so muss aus dem gleichen Gesetz hervorgehen, zu welchen Kosten die Abgabe beitragen soll. Dieser verfassungsrechtliche Grundsatz wird durch das Thüringer Hochschulgebühren- und entgeltgesetz verletzt. Dagegen steht der Rechtsweg als Weg des zivilen Gehorsams offen: dem Schutz der verfassungsgemäßen Ordnung. *Matthäus Schlummer, Erfurt*



## „Was uns eint, macht uns stark!“

Interview mit Cornelia Pieper MdB, stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP und Landesvorsitzende FDP Sachsen-Anhalt

**Cornelia Pieper, stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende und FDP-Landesvorsitzende im mitteldeutschen Nachbarland Sachsen-Anhalt, besuchte die Thüringer Liberalen auf ihrem Landesparteitag am 21. April 2007 in Gera. In ihrer flammenden Rede gab die Abgeordnete im Deutschen Bundestag den Thüringer Freidemokraten alle Chancen, ähnlich wie jüngst die FDP in Mecklenburg-Vorpommern in das Landesparlament zu ziehen. Die Redaktion der „Thüringen Liberal!“ sprach mit dem Ehrengast auf dem Landesparteitag.**

**ThL:** Frau Pieper, herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl als Landesvorsitzende. Was haben Sie sich für die kommende Amtszeit vorgenommen?

**Cornelia Pieper:** Ziel meiner Arbeit ist die Rückkehr zur Regierungsverantwortung im Bund 2009 und dann in Sachsen-Anhalt 2011, wenn uns nicht vorher Neuwahlen ereilen. Fest steht doch: Union und SPD passen programmatisch so wenig zusammen, wie Feuer und Wasser.

**ThL:** Sie waren gerade Ehrengast beim Landesparteitag der FDP Thüringen. Wie war Ihr Eindruck?

**Cornelia Pieper:** Sehr gut. Ich habe eine dynamische Partei mit viel Potential für die nächste Landtagswahl erlebt. Warum sollte im Freistaat Thüringen nicht möglich sein, was in Mecklenburg-Vorpommern möglich war, nämlich mit einem Ergebnis von fast zehn Prozent in den Landtag zurückzukehren. Übrigens ist Mitteldeutschland, vor allem aber Thüringen das kommunalpolitische Rückgrat der Bundespartei. In Thüringen stellen wir 54 Bürgermeister; in Mitteldeutschland als Ganzes 136 und im Bund insgesamt 204.

**ThL:** Ein Schwerpunkt des Antragsbuches war das Thema frühkindliche Bildung. Scheinbar auch für die Liberalen ein sehr aktuelles Thema?

**Cornelia Pieper:** Es ist ein Schlüsselthema für die Zukunft unseres Landes. Es geht dabei letztlich um Chancengerechtigkeit, soziale Integration und eine frühzeitig ansetzende Begabtenförderung.

**ThL:** Aber gerade in Mittel- und Ostdeutschland haben wir doch eine hervorragende Kindergartenstruktur, oder?

**Cornelia Pieper:** Ich denke, der Osten hat, was das Thema Kinderbetreuung anbelangt, eine Vorbildfunktion. Hier haben die alten Bundesländer noch etwas aufzuholen. Bei dem Thema frühkindliche Bildung geht es aber nicht nur um Betreuung an sich, sondern eben vor allem um eine echte Qualitätssteigerung in der Betreuung. Kindergärten und Krippen müssen endlich auch Bildungseinrichtungen werden. Wir müssen die Tatsache, dass das Lernen- vor allem mit spielerischen Methoden- nie wieder so leicht fällt, wie in den ersten Lebensjahren, anerkennen und dieses Potential nutzen. Da kann vieles, vor allem in der Frage der Sprachkompetenz aufgefangen werden, was für manche Kinder ansonsten mit der Einschulung zu einem großen Problem werden kann.

**ThL:** Die JuLis Thüringen warnen vor einer sozialdemokratisierten FDP. Besteht diese Gefahr?

**Cornelia Pieper:** Nein, ganz im Gegenteil. In Thüringen, wie nirgendwo anders, ist die FDP eine Mittelstands- und Bildungspartei. Wir sind die einzige Partei, die Sozialpolitik noch nach dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit und der Bedürftigkeit gestaltet. Wer arbeitet soll mehr haben, als diejenigen die nicht arbeiten.

**ThL:** Was erwarten Sie vom FDP-Bundesparteitag im Juni.

**Cornelia Pieper:** Ich persönlich werde von meinem Landesvorstand erneut für das Amt der stellvertretenden Bundesvorsitzenden vorgeschlagen. Die FDP ist eine gesamtdeutsche Partei und deswegen brauchen wir Vertreterinnen und Vertreter aus dem ganzen Land. Ich möchte gerne auch weiterhin als eine starke Vertretung für Ost- und Mitteldeutschland unsere Lebenserfahrungen und Vorschläge im Präsidium und Bundesvorstand vermitteln. Ich hoffe sehr, dass der Bundesparteitag dazu beiträgt, noch mehr Menschen im Land auf die überzeugenden Konzepte der FDP aufmerksam zu machen. Soziales und Kultur

werden in Stuttgart die Schwerpunktthemen sein.

**ThL:** Bis 2009 ist es noch eine ordentliche Zeit. Chance oder verplemperte Zeit für eine FDP in der Opposition?

**Cornelia Pieper:** Verplemperte Zeit ist es nicht. Auch den Auftrag der Opposition gilt es anzunehmen und zu gestalten. Wir sind die einzige Partei im Deutschen Bundestag die nach wie vor konsequent und konstruktiv zu einem Politikwechsel steht. Da sind wir sehr beharrlich und kommunizieren das auch unermüdlich. Ich denke, bei vielen Bürgerinnen und Bürgern kommt diese Botschaft auch an und bis 2009 bleibt so noch Zeit, um dies noch deutlicher zu machen. Wer weiß, bei dem Zustand der so genannten „Großen Koalition“, kann schon bald alles anders aussehen und im Übrigen: Die einzige letzte Große Koalition im Bund von 1966-1969 hat auch nur drei Jahre durchgehalten. Warten wir's ab. Die Liberalen jedenfalls brauchen nicht in Hektik zu verfallen.

**ThL:** Wie hat sich unser Thüringer Abgeordneter Uwe Barth in der Fraktion eingearbeitet?

**Cornelia Pieper:** Er hat sich als Arbeitskreisvorsitzender (AK für Innovation, Gesellschaftspolitik und Kultur) ein wichtiges und solides Profil, gerade auch für den Freistaat Thüringen, erarbeitet. Das ist gut für die Partei, aber vor allem auch gut für das Wohl Thüringens. Wir arbeiten eng und gut zusammen, weil unser gemeinsames Interesse dem Wohle unserer Heimatregion gilt.

**ThL:** Wenn Sie an Thüringen denken, dann denken Sie an?

**Cornelia Pieper:** An Rostbratwürste, an den Rennsteig, an die Wiege der deutschen Kultur und 4. an eine erfolgreiche FDP

**ThL:** Abschließend: Was geben Sie unseren Lesern und damit den Thüringer Liberalen mit auf dem Weg?

**Cornelia Pieper:** Was uns eint, macht uns stark! Deswegen schaffen wir es beim nächsten Mal zurück in den Erfurter Landtag. Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern Glück und vor allem Gesundheit! pak



## Nachruf

FDP-Mitglied Georg Möbius  
zum Gedenken

Unser Parteifreund Georg Möbius, geboren am 14. April 1914, ist am 24. Februar 2007 in Sprockhövel verstorben. Verbandsbruder Georg Möbius hat eine hervorragende Rolle in der praktischen liberalen Kommunalpolitik gespielt – in Jena als nicht nur liberales Stadtratsmitglied.

Im Juli 1945 wurde er als Betriebsingenieur der Stadtwerke Jena eingestellt und blieb dort in leitender Position bis zu seiner Flucht vor unmittelbar drohender Verhaftung durch die Sowjets. 1946 fanden die ersten Kommunalwahlen nach dem Krieg statt. Die Sowjets und ihre SED-Vasallen übten zwar starken Druck auf die Wahlbürger aus, die Wahl aber war noch geheim und frei. In Jena fielen 21 Mandate von 50 an die Liberaldemokraten. Am Tag nach der Wahl bestellte der sowjetische Oberbefehlshaber für Thüringen Möbius in seiner Zuständigkeit für die Stadtwerke in das Oberkommando nach Weimar und befahl, alle die Wahlkreise der Stadt Jena, deren Wähler nicht die SED als stärkste Partei gewählt hatten, von der Strom-, Wasser- und Gasversorgung durch technische Maßnahmen vollständig und ohne Ausnahmen unverzüglich abzutrennen. Widerspruch gegen einen Befehl des kommandierenden Generals war ausgeschlossen. In Jena teilte er den Ratsmitgliedern den Befehl mit. Es wurde im Rat erwogen, eine Delegation zum Oberkommandierenden nach Berlin zu schicken, um den verhängnisvollen Befehl aufheben zu lassen. Dem

Rat ging über einen Mittelsmann die Warnung zu, wenn sie nach Berlin führen, käme keiner wieder zurück.

Da kam Möbius die rettende Idee: Es gelang ihm, den General Kolesnitschenko in Weimar davon zu überzeugen, dass, falls die Strom-Gas- und Wasserversorgung weiter unterbrochen bleibt, binnen weniger Tage mit dem Ausbruch von Typhus in Jena zu rechnen sei und dass davon auch die Standorte der Roten Armee betroffen sein würden. So kam der Befehl zu sofortiger Aufhebung der Sperre. Möbius wurde schließlich zum „Seuchenkommissar“ ernannt, es gelang ihm, zwei Gefangene aus dem sowjetischen Lager Buchenwald frei zu bekommen, und er wurde bei der Rückführung von einigen Wissenschaftlern und Technikern aus dem Jenaer Zeisswerk und dem Glaswerk Schott tätig, die als „Spezialisten“ fünf Jahre in der Sowjetunion arbeiten mussten.

Nicht so erfolgreich verliefen seine Bemühungen um die Freilassung inhaftierter Studenten, darunter unserer Verbandsmitglieder Ahnert, Emig, Marx und Möhring, obwohl er den erwähnten General Kolesnitschenko dafür gewinnen konnte. Schließlich musste Georg Möbius 1953 über Westberlin nach Westdeutschland fliehen. Er hat sich auch danach aktiv in der Kommunalpolitik und beim Auf- und Ausbau von Stadtwerken in seiner neuen Umgebung eingesetzt.

Am Tage der Deutschen Einheit, am 03. Oktober 1990 ging um 00.03 Uhr ein Fax in der Kreisgeschäftsstelle der FDP Jena ein. Während allerorts die Sektkorken knallten, hatte Möbius an die FDP geschrieben: „Nach Unterbrechung setze ich hiermit meine Mitgliedschaft in der FDP Jena fort.“ Seit 1990 ist er, trotz hohen Alters, regelmäßig zu Veranstaltungen der FDP nach Jena gekommen und hat sich wieder in den Jenaer Kreisverband eingliedern lassen. Dabei hat er sich bei allen Gelegenheiten sehr generös gezeigt und besonders Aktionen der Jungliberalen unterstützt. So zum Beispiel hat er für den von diesen geschaffenen „Grete-Unrein-Preis“ immer namhafte Beträge gespendet.

Seine sachkundigen und mitreißenden liberalen Redebeiträge ließen noch im vergangenen Jahr nicht auf sein Alter von 92 Jahren schließen. Es gibt viele Gründe, ihn respektvoll zu ehren. Er bleibt uns als guter, liebenswerter Kamerad in Erinnerung und unser Mitgefühl gilt seinen nächsten Angehörigen. *Dr. Manfred Ludwig, Jena/Red*

## Lesermeinung

Arbeitsmigration –  
auf Wanderschaft in einer  
mobilen Welt

Dawson City im Westen Kanadas, am legendären Klondike River gelegen, wuchs im Goldrausch des 19. Jahrhunderts zu einer Stadt von über 40.000 Einwohnern an, ein wahres Boomtown. Die einen suchten Gold, die anderen einfach nur einen Job. Wieder andere animierte die Aufbruchstimmung zu gänzlich neuen Ideen und Produkten. Levi Strauss z.B. fertigte strapazierfähige Hosen aus Zeltplanen für die Goldgräber. Seine „Jeans“ haben bis heute überlebt.

In Kanada herrschte und herrscht eine andere Mentalität – eine Unternehmerrmentalität. Der Markt ist dereguliert, Subventionismus ist weitgehend unbekannt. Das spiegelt sich auch in den Köpfen der Menschen wider: Man erwartet nicht, dass andere einen Job an der Haustür vorbeibringen. Die Menschen gehen dorthin, wo sie Arbeit finden. Sie unternehmen etwas – im besten Sinne des Wortes. Nicht erst im Zuge der Globalisierung hat Arbeitsmigration an Bedeutung gewonnen. Auf diese Idee kamen die Spanier, Italiener, Griechen und Türken schon in den 60er Jahren.

Man muss deswegen nicht gleich nach Kanada auswandern. Es ist nur wichtig zu begreifen, dass die Verantwortung gerade für junge Menschen nicht an den „Arbeitsminister“ delegiert werden kann. Auch in Deutschland gibt es Gegenden mit mehr oder weniger Ausbildungsplätzen. So schwer es auch ist, auf „Wanderschaft“ zu gehen, zum eigenen Nachteil ist es höchst selten. Wir sollten auch nicht immer gleich das Gespenst von verlassenem Ländern aufzeichnen, nur weil der Bevölkerungssaldo einmal ins Negative rutscht. Das Verhältnis von Arbeitsplatznachfrage und –angebot muss stimmen.

Irgendwann gab es in Dawson City kein Gold mehr. Aber weder die Politiker, noch die Bürger kamen auf die Idee eines Länderfinanzausgleiches mit anderen kanadischen Gegenden, um der Abwanderung entgegenzusteuern. Es wurde ruhiger am Klondike River. Heute leben in Dawson City ebenso viele Menschen wie die Stadt und das Land ernähren können: 1.250 Einwohner. *Karsten Weder, Erfurt*



## Arbeitsplätze und Sozialsysteme

Der Mittelstand – Zukunft für Thüringen und Deutschland

Der Mittelstand, so ist immer wieder zu hören, ist eines der wichtigsten Standbeine unserer Wirtschaft. Mit ihm steht und fällt unser Wohlstand. Die Sozialsysteme sind ihm auf Gedeih und Verderb ausgesetzt. Aber was ist es, das den Mittelstand so wichtig macht? Welches sind die Probleme, die von der Politik bisher nicht gelöst wurden?

Die Bedeutung des Mittelstandes lässt sich bereits aus einigen wenigen Zahlen ablesen. In Deutschland sind über 99% der Unternehmen kleine und mittelständische Betriebe. Sie stellen knapp 70% der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und fast ebenso viele Ausbildungsplätze zur Verfügung. Zwischen 1996 und 2004 hat der Mittelstand deutlich weniger Arbeitsplätze abgebaut, als Großunternehmen. Hieraus lässt sich das Verantwortungsbewusstsein des Mittelstandes ablesen. Großunternehmen dagegen fallen immer wieder dadurch auf, dass sie Arbeitsplätze in Deutschland abbauen, um sie in Niedriglohnländern gleich wieder aufzubauen. In einem mittelständisch geprägten Land wie Thüringen ist die Bedeutung dieser Unternehmen noch einmal größer: Es ist die breite Mitte, die auch bei uns Arbeitsplätze schafft und die Masse der Steuern und Abgaben leistet. Großunternehmen gibt es hingegen kaum, hieran wird sich auch künftig nichts ändern.

Trotz seiner Bedeutung wird der Mittelstand seit Jahren mit Symbolpolitik abge-

speist. Anstatt für eine niedrigere Steuer- und Abgabenbelastung zu sorgen, wird allenfalls an Symptomen herumgedoktert. Dies ist bei der sogenannten Gesundheitsreform nicht anders als in der Rentenpolitik. Auch bei der geplanten Unternehmenssteuerreform bleibt der Mittelstand außen vor. Trotz heftiger Betriebsamkeit der politisch Verantwortlichen verharren die Sozialabgaben bei knapp 42%. Den Unternehmen werden so 20 Milliarden Euro Liquidität entzogen. Hinzu kommt eine übertriebene, sich immer weiter aufblähende Bürokratie. Die bürokratische Belastung mittelständischer Unternehmen hat sich zwischen 1994 und 2003 preisbereinigt um 25,8% erhöht.

Eine weitere Hürde ist das Kündigungsschutzgesetz, das für den Mittelstand viel zu kompliziert ist. Der Vorschlag der FDP, das Kündigungsschutzgesetz erst für Betriebe mit mehr als 20 Mitarbeitern verbindlich zu machen, wurde von den anderen Parteien abgelehnt. Damit wurde eine weitere Chance vertan, ein viel zu kompliziertes und beschäftigungsfeindliches Gesetz zu entschärfen. Aber auch die Hartz-Instrumente wie die „Ich-AG“ oder die „Ein-Euro-Jobs“ stellen ein erhebliches Problem für den Mittelstand dar: Sie sind staatlich subventionierte Konkurrenz für mittelständische Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen. Statt immer stärker in den Markt einzugreifen, sollten mehr öffentliche Aufgaben privatisiert werden. Dies verhilft den mittelständischen

Unternehmen zu neuen Aufträgen und fördert Neugründungen.

Die Thüringer Landesregierung hat ihrerseits in den vergangenen Jahren leider vieles unterlassen, was zu einer Stärkung des Mittelstandes und damit des gesamten Wirtschaftsstandortes Thüringen hätte beitragen können. Der kürzlich im Handelsblatt vorgestellte Zukunftsatlas 2007 verdeutlicht das auf traurige Art. Gerade einmal drei Regionen (Eisenach, Erfurt, Weimar) weisen für die Zukunft einen ausgeglichenen Chancen-Risiko-Mix aus. Alleine die Menschen in Jena haben sehr gute Zukunftschancen. Der große Rest Thüringens muss mit zum Teil sehr erheblichen Zukunftsrisiken leben. An dem Erfolg Jenas ist die Landesregierung natürlich nicht völlig unschuldig. Sie sollte sich gerade deshalb die Stadt zum Vorbild nehmen und den Erfolg analysieren, um entsprechende Konzepte für Thüringen zu entwickeln. Ein wesentlicher Aspekt für die Zukunft Thüringens liegt eben in der Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft. Ziel muss es sein, dass Mittelstand und Forschungseinrichtungen mehr als bisher Partner werden. Die Umsetzung von Ergebnissen einheimischer Forschungseinrichtungen in unternehmerische Wertschöpfung in Thüringen ist eine der Schlüsselaufgaben der Zukunft. Gerade dafür kann Jena als Vorbild dienen. Hierfür bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, dafür muss die Landesregierung sorgen. *Uwe Barth MdB*

# Auf dem Weg nach 2009

Landesparteitag in Gera mit programmatischem Schwerpunkt

Forschung und Wirtschaft enger verzahnen, die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in Kammern, die Ablehnung eines Mindestlohnes oder die deutliche Abgrenzung des Liberalen Bürgergeldes zum Althaus-Bürgergeld – der Landesparteitag der Thüringer FDP am 21. April 2007 in Gera war insbesondere von der politisch-programmatischen Schärfung der Landespartei geprägt. 240 Delegierte kamen in die „Tonhalle“, um dort die programmatischen Grundsteine der kommenden zwei Jahre zu legen.

In seiner Rede verwies Landeschef Uwe Barth MdB, auf die fehlende Entwicklung im Freistaat. Es habe sich kaum etwas geändert. „Die Hauptprobleme Thüringens lau-

teten seit 1999: Abwanderung, Arbeitslosigkeit und Überschuldung. Das hat sich auch zur Landtagswahl 2004 nicht geändert. Die Probleme Thüringens sind im Jahr 2007: Abwanderung, Arbeitslosigkeit und Überschuldung. Nach acht Jahren Alleinregierung der CDU hat sich an den grundlegenden Problemen nichts geändert.“ Althaus und seinem Kabinett fehle es an Ideen und Entscheidungskraft, so der Landesvorsitzende.

Die stellv. FDP-Bundesvorsitzende Cornelia Pieper MdB, rief die Thüringer Liberalen dazu auf, mit Geschlossenheit und Gestaltungswillen den Landtagseinzug intensiv vorzubereiten. „Ziel muss es sein, ähnlich wie die FDP in Mecklenburg-Vorpommern, ein

zweistelliges Wahlergebnis anzustreben und in den Landtag einzuziehen“, so Pieper.

Übrigens: Die Thüringer FDP schrieb mit ihrem Parteitag bundesweit Geschichte. Volker Weber, Kreisvorsitzender von Saalfeld-Rudolstadt, übergab Barth ein Zertifikat, das eine umweltverträgliche und klimaneutrale Veranstaltung attestierte. Berechnet wurde der Kohlendioxidausstoß der rund 300 Delegierten einschließlich Anreise mit Pkw sowie die Zubereitung von Speisen und Getränken (insgesamt zehn Tonnen CO<sub>2</sub>). An der Emissionsbörse in Leipzig wurde für 120 Euro das entsprechende Zertifikat gekauft. Die FDP wird damit Projekt für regenerative Energien in Indien unterstützen. *red*

## NEUE VORSTÄNDE IN DEN KREISVERBÄNDEN GEWÄHLT

**Beendet sind in den meisten Kreisverbänden die Wahlen der Kreisvorstände. Thüringen Liberal dokumentiert personelle Kontinuitäten aber auch Neuerungen in den Kreisverbänden.**

**Eichsfeld bestätigt Vorstand:** Wiedergewählt wurden bei der FDP Eichsfeld Vorsitzender Martin Henning, seine Stellvertreter Matthias Bollwahn und Peter Zimmermann sowie Kreisschatzmeister Karl-Heinz Meinhardt.

**Roßberg wiedergewählt:** Claus-Peter Roßberg ist erneut Vorsitzender in Nordhausen. Seine Stellvertretung übernimmt Franka Hitzig. Schatzmeister ist Andreas Klaschka.

**Kreisverband Kyffhäuserkreis wählt Vorstand:** Die FDP Kyffhäuserkreis bestätigte – fast traditionell – Bernd Karnstedt als Vorsitzenden. Vize sind Marko Zelmer sowie Thekla Lottemoser. Mit Viola Blache bleibt eine bewährten Schatzmeisterin.

**Unstrut-Hainich-Kreis mit neuem Vorsitz:** Steffen Dreiling ist neuer Vorsitzender des Kreisverbandes Unstrut-Hainich-Kreis. Stellvertreter sind weiterhin Friedrich-Wilhelm Emmerich und Wolfgang Martin. Neuer Schatzmeister ist Björn Goldmann.

**Wartburgkreis zeigt Kontinuität:** Dr. Jürgen Bohn ist auch nach der Wahl Vorsitzender der FDP-Wartburgkreis.

**Alles beim Alten in Sömmerda:** Heinz Untermann wurde als Vorsitzender wiedergewählt, sein Stellvertreter ist weiterhin Peter Liebe.

**Jena wählt Nitzsche:** Thomas Nitzsche ist neuer Vorsitzender in Jena und löste damit Andreas Wiese ab. Neben Reinhard Bartsch fungiert auch Alexis

Taeger als Stellvertreter. Ingo Reimann ist weiterhin Schatzmeister.

**Saale-Holzland-Kreis beständig:** Dr. Dietmar Möller wurde wiederholt als Vorsitzender bestimmt. Stellvertreter wurden noch einmal Norbert Orloff und Joseph Holger.

**Konsequenz in Gera:** Der Kreisverband Gera bestätigte Frank-Thomas Seyfarth wiederkehrend als Vorsitzenden, ebenso seinen Vertreter Dr. Harald Frank und die Schatzmeisterin Cornelia Schmidt.

**Dirk Bergner ist Vorsitzender:** Der KV Greiz blieb bei seiner Besetzung mit Bergner als Vorstand, Jens Zimmer und Dr. Horst Gerber als Vertreter und Günter Hartmann als Schatzmeister.

**Saale-Orla-Kreis wählt Volker Ortwig zum dritten Mal:** Neben Ortwig als Vorsitzender wurde Günther Weidemann als Schatzmeister wiedergewählt. Sandra Scherf-Michel ist neue Stellvertreterin.

**Saalfeld-Rudolstadt bestätigt Personalien:** Volker Weber bleibt Vorsitzender, Marian Koppe und Eckhard Linke sind erneut seine Vertreter.

**Weimarer Land:** Otto Ritzel ist nach wie vor Kreisvorsitzender. Der Bürgermeister von Kranichfeld, Wolf-Ludger Schlotzhauer ist ebenfalls Stellvertreter wie Dr. Andreas Kniepert.

**Neue Stellvertreter in Schmalkalden-Meiningen:** Lutz Recknagel als wiedergewählter Kreisvorsitzender wird nun vertreten von Peter Casper und wie gehabt Ronny Ballerstädt.

**Scheidel mit Kreisvorsitz:** Daniel Matthias Schneidel ist neuer Vorsitzender in Altenburg und löst damit Karsten Schalla ab, der nunmehr als Stellvertreter neben Hans-Peter Bugar fungiert.

**Eisenach bestätigt Vorsitz:** Heike Bahn-Schultz ist wieder zur Vorsitzenden gewählt worden, bestätigt wurde auch der Schatzmeister Gerhard Möller.

**Hildburghausen mit gleicher Besetzung:** Komplett wiedergewählt wurde in Hildburghausen der komplette Vorstand um Thomas Vollmar.

**Hammerschmidt weiter Sonneberger Kreischeff:** Helmut Hammerschmidt führt weiter die Sonneberger Liberalen an, unterstützt von seinen Stellvertretern Heinz-Werner Hübner und Wilfried Luther. Der Kreisgeschäftsführer Gerhard Tenner wurde zum Schatzmeister wiedergewählt.

**Weimar wählt:** Norbert Staniszewski, der letzten Sommer Maria-Elisabeth Grosse im Kreisvorsitz ablöste, wurde erneut gewählt. Neben Matthias Purdel ist Tobias Cyriax Stellvertreter. Jürgen Leibold verwaltet weiter die Kreiskasse.

## LIEBE MITGLIEDER, LIEBE KREISVORSTÄNDE,

sehr herzlich gratuliere ich Ihnen zur Wahl. Ich wünsche Ihnen viel Kraft, Kreativität und Erfolg. Gleichzeitig verbinde ich die Glückwünsche mit dem Hinweis darauf, dass es die jetzige Vorstandsperiode ist, die die entscheidenden Weichen für das Superwahljahr 2009 stellt. Dann werden – voraussichtlich – alle Parlamente gewählt, die die Thüringer Bürger wählen können. Dieses außerordentlich arbeitsintensive und v.a. politisch bedeutsame Jahr wird in den kommenden zwei Jahren vorbereitet. Das gilt für den Landesvorstand, das gilt für die Kreisverbände. In diesem Sinne uns allen viel Erfolg.

Ihr

Uwe Barth MdB

# Selbstverwaltung der Wirtschaft

Für Kammern in Freiheit

Die Unternehmenslandschaft in Thüringen und Deutschland ist vielgestaltig. Große und kleine, ausbildende und exportierende, lokal oder global operierende Unternehmen haben unterschiedliche Interessen. Handwerk, Einzelhandel, Großhandel und Industrie verlangen mit Recht optimal auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Leistungen von den Kammern. Der Landespartag hat die Forderung der FDP Thüringen, die Pflichtmitgliedschaft von Unternehmen in Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern abzuschaffen, bekräftigt. Dabei beschlossen die Delegierten ein Alternative, die die Kammern gleichzeitig aufwerten können.

Thüringen Liberal dokumentiert die Eckpunkte der neuen Kammerorganisation nach liberaler Vorstellung. So müssen Kammern

nicht zwingend öffentlich-rechtlich, sondern können auch privatrechtlich organisiert werden. Die heutigen Monopole würden durch privatrechtlich organisierte Vereine ersetzt. Diese müssten sich durch eine Akkreditierung als Kammerverein (IHK e.V.) staatlich anerkennen lassen. Dabei nehmen sie weiterhin staatliche Aufgaben wahr und stehen somit für die Selbstverwaltung der Wirtschaft. Diese staatlichen Aufgaben erhalten Kammern mittels Beleihung. So würden Verwaltungs-, Prüfungs- oder Bildungsaufgaben weiterhin selbstständig wahrgenommen.

Voraussetzungen einer Akkreditierung werden, neben einem noch zu definierenden Dienstleistungsspektrum, der Einhaltung von Qualitätsstandards, sowie einer Aufnahme-

pflicht von interessierten Unternehmen, auch eine gewisse quantitative Vertretung der Mitglieder in der entsprechenden Region. Diese Akkreditierung müssten die Kammern in regelmäßigen Abständen erneuern. Dabei würden Akkreditierungen in den Regionen nur an einen Kammerverein vergeben. Die Finanzierung der Kammern wird durch ihr breites Dienstleistungsangebot sichergestellt. Unternehmen, die sich für eine Nichtmitgliedschaft im Kammerverein entschieden haben, müssen bei Inanspruchnahme von Dienstleistungen, z.B. bei Prüfungen u.ä., einen erhöhten Preis zahlen.

Die Mitgliedschaft ist nicht räumlich beschränkt. Unternehmen können auch in anderen Kammervereinen außerhalb ihres Kammerbezirkes Mitglied werden. *red*

# Wirtschaft, Unternehmen und Politik

Liberaler Mittelstand konstituierte sich

Neu aufgestellt hat sich der Liberale Mittelstand Landesverband Thüringen. Thomas Kemmerich, Vorstandsvorsitzender der Friseur Mason AG, wurde am 31. März 2007 zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter sind Matthias Grafe, Geschäftsführender Gesellschafter Grafe Color Batch GmbH Blankenhain, sowie Olaf Waldhoff, Geschäftsführer Braugold Vetriebs-GmbH, und Norbert Staniszewski, Architekt und FDP-Kreischeff in Weimar. Dem neuen Landesvorstand gehören insgesamt 11 Mitglieder an, darunter auch FDP-Landesvorstand Heinz Untermann, der Erfurter FDP-Kreisvize Dr. Stefan Feuerstein oder der Chef des LFA Wirtschaft Jürgen Lange. „Grundaufgabe des Verbandes ist es, in Thüringen der Wirtschaft eine politische Kraft und Stimme im freiheitlichen Sinne zu geben. Wir wollen die ideellen und wirtschaftlichen Interessen derjenigen in Gesellschaft und Politik zu vertreten, die unternehmerisch oder beruflich im Mittelstand tätig sind“, sagte Kemmerich.

Der Bundesvorsitzende des Liberalen Mittelstandes Dr. Heinrich Kolb, MdB, beglückwünschte den Vorstand zur Etablierung

des Landesverbandes. In seiner Rede verwies er darauf, dass gerade Unternehmer und Mittelständler sich auch politisch organisieren müssen. Dies sei notwendig, um politische Entscheidungen beeinflussen zu können. Kolb sagte, dass vor allem die Bürokratie die Wirtschaftskraft beeinträchtigt.

Besonders die Frage um die Kammerpflichtmitgliedschaft wurde auf der Versamm-

lung heftig kritisiert. Fraglich sei, ob die Wirtschaft, die sonst für Deregulierung stehe, in ihrer Selbstverwaltung derart bürokratisiert sein müsse. Damit griffen die Mittelständler auch der Diskussion auf dem Landesparteitag am 21. April 2007 vor. Ebenfalls stelle die Eigenkapitalentwicklung gerade von Firmen in Mittel- und Ostdeutschland einen wichtigen Diskussionspunkt dar. *red*



Mittelstandspräsident Thomas L. Kemmerich (4.v.l.) gemeinsam mit Schatzmeisterin Mendy Simon im Kreise des Vorstandes.

## Zukunftspotentiale erschließen

### Jahresempfang der Thüringer Liberalen

Zu ihrem Jahresempfang haben die Thüringer Liberalen ihr Hauptziel, den Einzug in den Thüringer Landtag, bekräftigt. Landeschef Uwe Barth MdB, sagte, dass Thüringen dringend einen Kurswechsel in seiner politischen Ausrichtung benötige. Wenn Thüringen ein moderner und wettbewerbsfähiger Standort sein wolle, müsse die Verbindung von Wirtschaft und Forschung in Angriff genommen werden. „Thüringen muss es gelingen, den

Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft so zu gestalten, dass der Freistaat künftig an der Spitze dieser wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung stehen wird“, so Barth. Um dieses Ziel zu erreichen, seien verschiedene Grundbedingungen notwendig. Barth zählte dazu eine funktionsfähige soziale Marktwirtschaft, erhebliche Bürokratieentlastungen, den Zugriff auf einen guten Bildungsmarkt sowie ein

hohes Maß an Lebensqualität. Im letzteren Punkt griff Barth die Landesregierung scharf an. „Die Dampfwalzenpolitik des Kultusministers bezüglich der Kulturdichte in Thüringen aber auch die Angriffe auf Kindergartenstrukturen im Land schaden dem Standort Thüringen erheblich. Kultur und Familienbetreuung sind auch knallharte Standortfaktoren, die im Wettbewerb der Regionen ausschlaggebend sind“, so Uwe Barth.

Gerade auf den Faktor Wissenschaftsstandort ging Dr. Peter Röhlinger, Jenas Oberbürgermeister a.D., ein. In Jena habe man die Verbindung von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung mit Wirtschaft und Mittelstand fokussiert. Dies sei ein wesentlicher Grund für den Erfolg der Stadt. Letztlich freute er sich darüber, dass Jena Stadt der Wissenschaft 2008 werde. Dies sei auch ein Ergebnis der Stadtpolitik.

Der Landeschef der FDP Niedersachsen, Dr. Philipp Rösler, verwies auf die Notwendigkeit des Bürokratieabbaus. In Niedersachsen habe sich die FDP mit der Übernahme von Regierungsverantwortung sehr stark für Bürokratieentlastung eingesetzt. Zahlreiche überflüssige Normen und sich zum Teil widersprechende Gesetze wurden abgeschafft. Rösler, der auch Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag Niedersachsen ist, sagte, dass die Liberalen mit ihrem Ziel zu mehr Freiheiten bei den Bürgern und in der Wirtschaft gut vorangekommen seien. Auch für Thüringen wäre die Regierungsbeteiligung notwendig. Auf dem Weg zu 2009 seien die Liberalen bislang gut aufgestellt. *red*



v.l.: Dr. Philipp Rösler, Andreas Wiese, Dr. Karlheinz Guttmacher und Uwe Barth MdB

### Jüngste Eintritte

Wir begrüßen bei der FDP Thüringen: Lisa Güntner, Niels Große, Jochen Sauerbier, Marco Hennig, Tobias Spröte, Bettina Velke und Jan Ballweg.

### Parteijubiläum

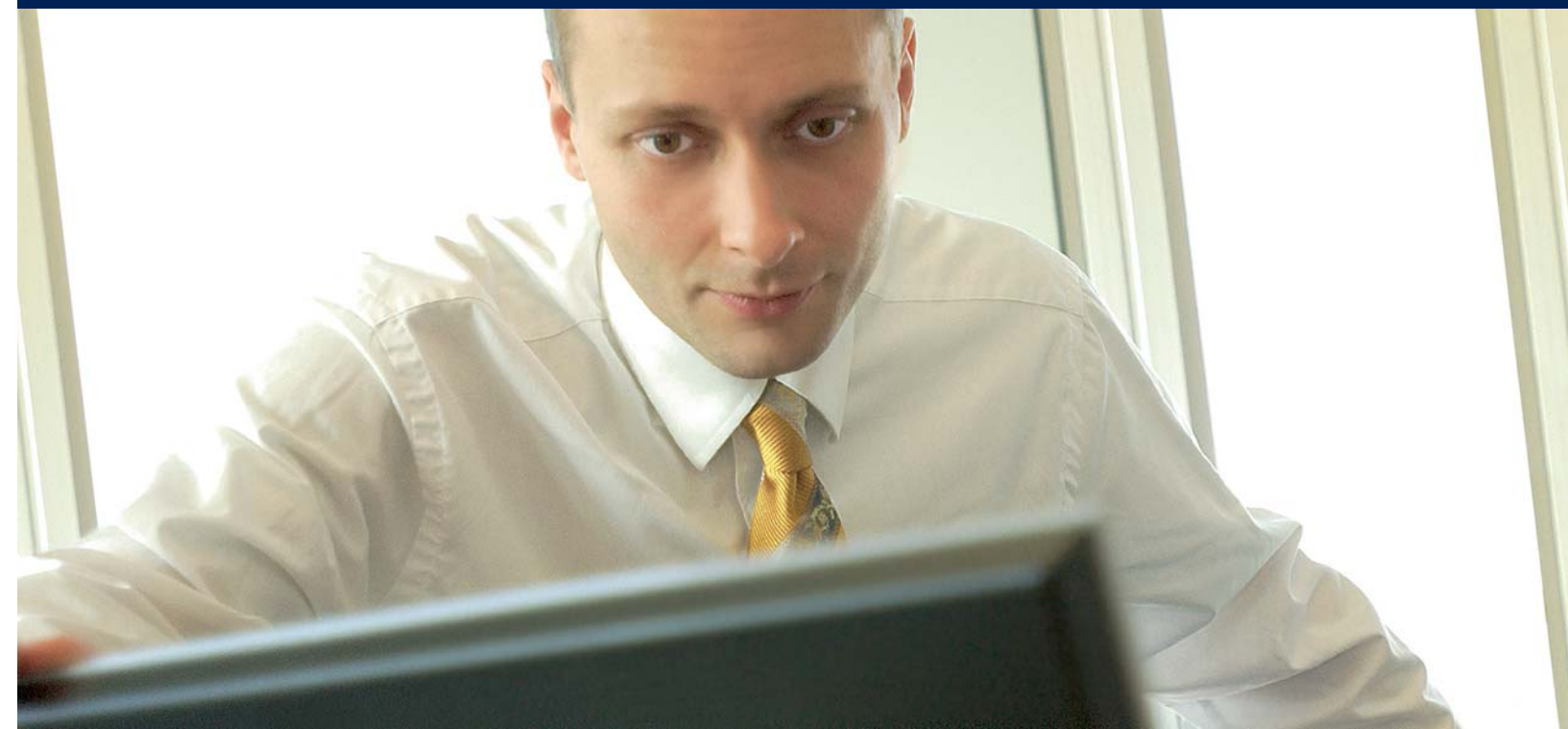
Sehr herzlichen Glückwunsch zum 60-jährigen Parteijubiläum an Gisela Wisdorf und Dr. Manfred Gruska.

### Geburtstage

Herzliche Glückwünsche zum Geburtstag an: Heidemarie Bischoff, Martin Henning, Daniel Matthias Scheidel, Heinz Untermann, Stefan Weinzirol, Thomas Rother, Roland Graßme und Fabian Disselbeck. Besondere Glückwünsche senden wir auch an die zahlreichen Geburtstagskinder, die hier nicht namentlich aufgeführt wurden. Thüringen Liberal wünscht allen Geburtstagskindern viel Kraft und Gesundheit.

### Runde Jubiläen

Zum 50. Geburtstag gratulieren wir Thekla Lottemoser und Dr. Horst Gerber. Ebenfalls herzlichen Glückwunsch an Klaus Schneider und Hans Betting zum 70. Geburtstag. An Helmut Irrgang und Klaus Kertscher 75. sowie an Hildegard Kettner und Wolfgang Hermann zum 85. Geburtstag alles Gute. Und zum 90. Geburtstag gratulieren wir Erich Weißenborn, der seit fast 61 Jahren den Liberalen die Treue hält.



## AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

### VERKANNTER SEGEN

#### Jubiläum der Römischen Verträge - Europa wird 50

Am 25. März 1957 unterzeichneten Belgien, BRD, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande in Rom den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Mit ihm und seinen nachfolgenden Verträgen konnten die Europäer so viel erreichen, vom gemeinsamen Wirtschaftsraum über die Reisefreiheit bis zur gemeinsamen Währung – alles einst buchstäblich unvorstellbar, heute selbstverständlich. Leider selbstverständlich. Denn dem Imageschaden, den einzelne politische Fehlentwicklungen der Europäischen Union zufügen, können wir scheinbar nichts entgegensetzen, das dennoch die Richtigkeit der europäischen Integration begründet. Europa ist in der Vertrauenskrise, allseits scheint ein ‚bis hier hin und nicht weiter‘ vernehmbar zu sein.

Die Europäische Union ist seit ihrer Gründung von ursprünglich sechs auf dem-

nächst 27 Mitgliedsstaaten angewachsen, das beweist ihre Anziehungskraft. Aus einem Staatenbündnis zur Friedenssicherung und gemeinschaftlichen Kontrolle von Kohle- und Stahlnutzung wurde ein gemeinsamer Wirtschafts-, Währungs-, Umwelt- und Sicherheitsraum. In diesen Jahrzehnten hat die EU mit bemerkenswertem Tempo die ständige Erweiterung und Vertiefung der Staatenunion betrieben.

Die EU der 27 Mitgliedsstaaten muss nun aber in den nächsten Jahren ihre Hausaufgaben machen, wenn sie sich aus der Vertrauenskrise hinaus und nicht in die politische Handlungsunfähigkeit hinein manövrieren will: Erstens, die EU muss sich auf das Wesentliche konzentrieren. Europa muss seine bevormundende Haltung aufgeben und die Aufgaben, die sich besser von den Mitgliedsstaaten ausführen lassen, diesen überlassen. Zum Zweiten muss

die EU politisch handlungsfähige Institutionen und demokratische Kontrolle schaffen. Eine Reform der Institutionen hin zu einem transparenten Zweikammersystem, in dem sich Rat und Parlament gegenüberstehen, muss gelingen.

„Ich bin stolz auf Europa“ – das klingt noch ein bisschen ungeübt. Dabei haben wir schon bemerkenswert viel geschafft. Ein gutes Stück weit dürfte die Selbstverständlichkeit der europäischen Errungenschaften darin begründet sein, dass keiner sich recht als deren Fürstreiter fühlt. Das sollte uns eine Lehre sein – je mehr auf demokratischen Wegen erstritten wird, umso größer wird auch die Integrationskraft der EU werden.

HOLGER KRAHMER . MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS  
KONTAKT: EUROPÄISCHES PARLAMENT . ASP 10G142 . 60 RUE Wiertz  
B-1047 BRÜSSEL . TELEFON +32 2 28-45344 . TELEFAX +32 2 28-49344  
HOLGER.KRAHMER@EUROPARL.EUROPA.EU . HOLGER-KRAHMER.DE



# Werrasalz und Werramüll

## Alte Grenzwerte und neue Geschäfte

Bereits im letzten Jahr gingen die Wellen im Werratal bei den zahlreichen Anliegergemeinden hoch, als die Firma „Kali und Salz“ GmbH, Kassel, verlauten ließ, für die nächsten 1.000 Jahre zusätzliche Salzfrachten von der Kalirückstandshalde Neuhoof-Ellers (Hessen, bei Fulda) durch eine Pipeline nach Hattendorf (Hessen) in die Werra einleiten zu wollen. In Ausgabe 1/2007 der Thüringen Liberal hatten wir darüber berichtet.

Weitgehend unbeachtet ist jedoch die Tatsache geblieben, dass die Firma neben zusätzlicher Salzeinleitung in die Werra im hessischen Heringen noch ein Müllheizkraft-

ten nun die Thüringer Bürger östlich von Heringen, dass sie mit den Frachten aus der Verbrennung des Mülls zusätzlich belastet werden. Obwohl die Sorgen nach langem Zögern nun offensichtlich auch von der Thüringer Landesregierung ernst genommen werden und diese Messungen in der betroffenen Region durchführen will, hat das Regierungspräsidium Kassel am 28. März 2007 die Errichtung des Müllheizkraftwerkes der K+S-Tochter BKB AG, Helmstedt, genehmigt. Die betroffenen Kommunen und Bürger der Umgebung lassen nun eine Klage gegen die Errichtung prüfen.

sen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen zur Frage zusätzlicher Salzfrachten aus Ellers. Dabei wurden sowohl die Herleitung des bisher in der Öffentlichkeit gehandelten Grenzwertes von 2,5 g Chlorid pro Liter Werrawasser aus dem Kriegsjahr 1942 kritisch hinterfragt als auch die biologische Schädlichkeit einer Erhöhung der Salzfrachten (im Rahmen dieses Grenzwertes) durch die mögliche Einleitung. Die umweltpolitischen Sprecher der FDP der Bundesländer Hessen, NRW und Niedersachsen erwarten nach der Anhörung nun eine detaillierte Prüfung der bereits mehrfach ins Gespräch gebrachten Alternative „Nordseepipeline“ deren Kosten zur Zeit mit ca. 500 Millionen Euro beziffert werden. Die Firma „Kali und Salz“ hat nach Meinung der umweltpolitischen Sprecher bislang noch keinen ausreichenden Grund genannt, warum diese von den insgesamt 17 vorgestellten Alternativen verworfen worden ist. Die Thüringer FDP wird die eigenen Bundestagsabgeordneten für das Thema interessieren und eine Revision des Grenzwertes noch vor seinem voraussichtlichen Ende in 2012 anstreben. Dokumente der Anhörung finden Sie auf [www.hessischer-landtag.de](http://www.hessischer-landtag.de). rhh



werk für ihr Werk in Heringen errichten will. Daraufhin hat sich Mitte März der Umweltausschuss der Thüringer FDP zu einer gemeinsamen Sitzung mit der Bürgerinitiative „Für ein schöneres Werratal“ getroffen. Im vollen Saal waren neben Betroffenen auch zahlreiche Bürgermeister von Werranliegern aus beiden Bundesländern. An diesem Abend ging es ausschließlich um die geplanten Maßnahmen zur Einleitung von salzhaltigen Haldenwässern in die Werra sowie den Bau des Müllheizkraftwerkes, mit dem die Firma durch die Verbrennung von Müll ihr Werk Heringen günstig mit Energie versorgen will. Mehrfach wurde von Teilnehmern darauf hingewiesen, dass die Umwelt der Region durch die 100-jährige Industriegeschichte des Kalibergbaus bereits erheblich vorbelastet sei, dies aber bei den Planungen nicht berücksichtigt werde. Bei den vorherrschenden Westwinden befürch-

Die zusätzliche Salzeinleitung aus Ellers wird von „Kali und Salz“ wohl vor allem deshalb für notwendig gehalten, weil man einerseits meint die Halde in Ellers nicht abdecken zu können und andererseits wohl gern das Problem der salzhaltigen Abwässer aus der Halde lösen möchte. Die Aufnahmefähigkeit des Plattendolomit für die bisherige Laugenversenkung ist nach Firmenangaben in absehbarer Zeit erschöpft. Die nahe liegende Einleitung in das Flussgebiet von Main und Rhein kommt wegen des internationalen Rheinschutzabkommens nicht in Betracht, denn das verbietet Salzeinleitungen. Dass es in dieser Situation möglicherweise alte Rechte für die Einleitung in die Werra gibt, wird vom Konzern offensichtlich als gute Möglichkeit zur Entsorgung gesehen. Am 15. März 2007 gab es daher in Kassel eine gemeinsame Anhörung der Umweltausschüsse der Landtage aus Hes-

### IMPRESSUM - THÜRINGEN LIBERAL

**Herausgeber** ▶ FDP Thüringen . Pressestelle  
Tschaikowskistraße 35  
D-99096 Erfurt  
Telefon +49 361 3456482  
Fax +49 361 3455924  
pressestelle-thueringen@fdp.de  
[www.fdp-thueringen.de](http://www.fdp-thueringen.de)

**Redaktionsleitung** ▶ Patrick Kurth

**Redaktion** ▶ Jost Hofmann (hjh)  
Patrick Kurth (pak)  
Klaus-Dieter Landgraf (kdI)

**Layout & Satz** ▶ RAUM II Jahn & Ekelmann GBR  
Ernst-Schneller-Straße 7  
D-04107 Leipzig  
Mobil +49 171 2142667  
info@raum-zwei.com  
[www.raum-zwei.com](http://www.raum-zwei.com)

**Erscheinung** ▶ 'Thüringen Liberal' erscheint 6 mal im Jahr als Beilage der 'elde' und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Die Auflage beträgt 3.000 Exemplare. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.